



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Nr. 5 – 26. April 2004

Studienzentrum Rio de Janeiro
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

Das Ende der Flitterwochen

Eine politische Krise lähmt die brasilianische Regierung und erschwert die Umsetzung von Reformen. Kritik seitens gesellschaftlicher Organisationen und der Oppositionsparteien.

Wilhelm Hofmeister

Pünktlich mit dem Ende der Sommerferien nach dem ersten Amtsjahr von Präsident Lula da Silva endete die politische Schonfrist für die Regierung der Arbeiterpartei in Brasilien. Ein Korruptionsfall hat das politische Machtzentrum erschüttert und offenbart Schwierigkeiten bei der Konzeption von Reformprojekten und der Koordination der Regierungsarbeit. Präsident Lula reist ruhelos durchs Land und reklamiert ein schwieriges Erbe. Seine Popularität ist hoch, doch durch die Krise beeinträchtigt.

Am 13. Februar wollte die Arbeiterpartei (PT) in Rio de Janeiro ihr 24-jähriges Bestehen feiern. Doch die Stimmung wurde erheblich getrübt durch eine Nachricht der Zeitschrift „Epoca“ über ein Videoband, auf dem der stellvertretende Leiter für Parlamentsangelegenheiten des Präsidentschaftsministeriums (Casa Civil), Waldomiro Diniz, zu sehen war, als er mit einem Glücksspielunternehmer über Wahlkampfspenden für die Arbeiterpartei PT im Bundesdistrikt von Brasilia und in Rio de Janeiro verhandelte. Diniz versprach, sich für Interessen des Glücksspielbereichs einzusetzen; ein Prozent der verhandelten Wahlkampfspenden reklamierte er als Lohn für seine Vermittlungsdienste für sich selbst. Das Gespräch fand im Mai 2002, also noch vor den Wahlen und dem Regierungswechsel, statt und Waldomiro Diniz war zu jenem Zeitpunkt noch Vorsitzender des Lotterieverbades von Rio de Janeiro, zugleich aber seit längerem auch ein Vertrauter des damaligen PT-Vorsitzenden José Dirceu. Dieser war seit Januar 2003 mächtigster Minister im Kabinett und hatte den Lotterievertreter Diniz ins Präsidentschaftsamt geholt, wo er seither eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Präsidentschaft und Parlament ausübte.

Mit der Veröffentlichung des Videos, das über einen Senator der oppositionellen PSDB an die Öffentlichkeit gelangte, geriet die brasilianische Regierung in eine Krise, die sie auch nach vier Monaten nicht so recht überwunden hat. Der Elan des ersten Jahres scheint verflogen, die politische Handlungsfähigkeit der Regierung gelähmt. Neue mutige Projekte zur Reform der strukturellen Probleme des Landes sind vorerst nicht in Sicht. Unverkennbar gibt es Probleme der politischen und administrativen Koordination: aus der Regierung und den Koalitionsparteien verlauten unterschiedliche Meinungen zu einzelnen Themen und Problemen, bürokratische Hindernisse und mangelhaft vorbereitete Maßnahmen verhindern die Umsetzung einzelner Programme, mit denen Kompetenz und

Kapazität bei der Umsetzung der Reformversprechen bewiesen werden sollten. Da die Regierung eine Blöße gezeigt hat, wird sie nun von der Opposition, den Medien und einer breiteren Öffentlichkeit auch schonungsloser beobachtet und kritisiert.

Das „Waldomiro-Gate“

Jener Vorgang des Jahres 2002 und seine Veröffentlichung haben deshalb so einschneidende Wirkung, weil sie maßgebliche Teile des Nervenzentrums der Regierung und der Regierungspartei getroffen haben. Ins Zentrum des Skandals rückte sehr schnell der mächtige Präsidentschaftsminister José Dirceu, der im ersten Regierungsjahr als eine Art Premierminister fungierte und maßgeblichen Einfluss auf alle Regierungsprojekte und nicht zuletzt auf die Vergabe der vielen Tausend Stellen im öffentlichen Dienst hatte. Zudem litt das Image der Arbeiterpartei unter dem Vorfall erheblich: wie keine andere Partei des Landes hatte sie für sich stets Ehrlichkeit und Transparenz reklamiert, geriet nun aber in den Ruch, dubiose Beziehungen zu einem Bereich zu unterhalten, dem in Brasilien enge Bindung zur organisierten Kriminalität nachgesagt wird. Natürlich zögerte die Opposition nicht, die Regierung und die PT mit diesen Vorwürfen zu belasten und sie forderte die Einberufung einer parlamentarischen Untersuchungskommision, was die Regierung jedoch um jeden Preis verhinderte; damit brachte sie Spekulationen über weitere dubiose Verbindungen jedoch nicht zum Verstummen. Die Partei versucht zwar verzweifelt, ihr Image zu schonen, doch allein die vielstimmigen und teils auch widersprüchlichen Reaktionen zeigen, dass die PT an einer empfindlichen Stelle getroffen wurde. Als Minister Dirceu Mitte März während eines Auftritts in São Paulo die Beherrschung verlor und Journalisten wegen der Form der Berichterstattung über den Skandal und die daraus erfolgte politische Krise beschimpfte, musste ihn Präsident Lula zur Raison rufen.

Der Präsident hatte zwar als eine Art Befreiungsschlag noch im Februar alle Bingo-Spielhäuser schließen lassen, weil, wie er begründete, sie auch verbotene Glücksspiele, Geldwäsche und andere illegale Aktivitäten zuließen. Luft konnte sich die Regierung nun mit dieser Maßnahme jedoch nicht verschaffen, denn neben medienwirksam inszenierten Streiks der Mitarbeiter der Spielhäuser wegen des Verlustes ihrer Arbeitsplätze wurde bekannt, dass die Regierung bis zum Ausbruch des Skandals mit maßgeblicher Unterstützung von PT-Abgeordneten eine Gesetzesänderung vorbereitet hatte, um den Bingo-Spielhäusern zusätzliche Aktionsfelder einzuräumen. Von angeblichen Missständen war bis dahin nie die Rede. Vielmehr erhoffte sich die Regierung zusätzliche Steuereinnahmen aus dem Glücksspiel.

Zu allem Übel wurden auf dem Höhepunkt der Debatte die Wirtschaftsdaten des Vorjahres veröffentlicht. Danach war entgegen optimistischer Erwartungen das Bruttoinlandsprodukt um 0,2% zurückgegangen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um das Diniz-Video provozierte diese Nachricht Frustration und trug zur Lähmung der Regierung bei.

Dissonanzen im Regierungslager

Die Berichterstattung und die Medienkommentare über das „Waldomiro-Gate“ provozierten Wortmeldungen aus den Reihen der Arbeiterpartei, vor allem aber seitens verschiedener Koalitionsparteien, die die Krise eher noch anheizten. Da der wichtigste Koordinator der Regierungskoalition, Minister Dirceu, selbst im Mittelpunkt der Krise stand, fiel er für die Koordinationsarbeit aus. Der ihm im Januar zur Seite gestellte Minister für Politische Koordination

Aldo Rebelo von der Kommunistischen Partei (PCdoB) hatte seine Rolle noch nicht gefunden, um bei Ausbruch des Skandals die Fäden ziehen zu können.

Etliche Parlamentarier und Parteien aus der Regierungskoalition nutzten die vermeintliche Gunst der Stunde zur Kritik an der Politik der Haushaltskonsolidierung von Finanzminister Palocci, der im vergangenen Jahr den größten Teil der von den Abgeordneten vorgeschlagenen kostenwirksamen Eingaben nicht bedient hatte. Der Vorsitzende der Liberalen Partei (PL), die den Vizepräsidenten stellt, forderte die Rücktritte von Palocci und Zentralbankpräsident Meirelles. Auch aus der PT erhoben sich nun kritische Stimmen gegenüber dem Spar- und Konsolidierungskurs. „Wir wollen ein anderes Brasilien“ war das Thema eines Seminars der PT-Linken in São Paulo am 21. März, an dem mehrere Bundes- und Landtagsabgeordnete vor 800 Teilnehmern ihre Kritik am Regierungskurs, vor allem an der Wirtschaftspolitik äußerten. Die PMDB, die erst im Januar ihren formalen Eintritt in die Regierungskoalition vollzogen hatte, und dafür zunächst mit nur zwei Ministerien belohnt worden war, obwohl sie die größte Parlamentsfraktion stellt, forderte „mehr Mut“ bei der Überwindung der Wachstumshindernisse und gezielte Maßnahmen zur Schaffung von Arbeit und Einkommen. In der Tradition dieser Partei bedeutete das vor allem, Posten und Pfründe für die eigene Klientel. Abgeordnete und Senatoren drängten darauf, dass nun endlich Mittel für ihre Eingaben und Projekte, „emendas“, bereitgestellt würden. Drei weitere Mitgliedsparteien der Regierungskoalition PL, PP und PTB, die lediglich Partikularinteressen vertreten und programmatisch sehr diffus sind, drohten gegen Ende März vorübergehend sogar damit, die Regierung zu verlassen. Aufgrund mangelnder eigener Mehrheit stützt sich Präsident Lula selbst auf die Stimmen solch unberechenbarer Parteien, die traditionell keineswegs dem linken Lager angehören. Auch diese Parteien nutzten letztlich die Gunst der Stunde für Ihre Forderungen nach Pfründen.

Um die Kakophonie und versteckten oder offenen Drohungen aus den eigenen Reihen zu beenden, hat die Regierung schließlich doch zu dem bewährten Mittel gegriffen und innerhalb kurzer Zeit in erheblichem Umfang Ressourcen für die Befriedigung zahlreicher Eingaben von Parlamentariern zur Verfügung gestellt. Ende März wurden 800 Millionen Reais (ca. 230 Millionen Euro) aus dem Etat für Notmaßnahmen bereitgestellt; doch etliche Koalitionsparlamentarier bezeichneten den Betrag als „unbefriedigend“. Dadurch wurde zwar deren Stillehalten erkaufte, doch angesichts der geringen Manövriermasse im Staatshaushalt bleiben für überlegte, langfristige Projekte und gezielte Investitionen weniger Mittel.

Die Macht der Dynosaurier

In den Tagen der größten Bedrängnis erhielten Präsident Lula und seine Arbeiterpartei Unterstützung von zwei alten politischen Haudegen, denen man bisher gewiss keine Affinität zur politischen Linken nachsagen konnte: dem Senatspräsidenten und ehemaligen Staatspräsidenten José Sarney sowie dem Senator Antônio Carlos Magalhães aus Bahia.

Senator Sarney wuchs im Verlauf der Krise zum zweitmächtigsten Mann des Staates. Im vergangenen Jahr hatte er, noch gegen einigen internen Widerstand, maßgeblich darauf hingewirkt, dass seine Partei PMDB die neue Regierung unterstützte, auch wenn sie formal der Koalition nicht beitrug und daher auch noch nicht mit Ämtern bedacht wurde. Während des ersten Regierungsjahres hatte Sarney durch geschickte Verhandlungen im Senat zur reibungslosen Verabschiedung etlicher Gesetzesprojekte beigetragen. Jetzt war er es, der die Einberufung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über den Fall Diniz verhinderte und im Parlament die Regierungsmehrheit zusammenhielt. Zugleich

sorgte er dafür, dass die PMDB ihre Kritik an der Regierung dämpfte und an der Koalition festhielt. Als Belohnung wird wohl demnächst die Verfassung geändert, um Sarney im nächsten Jahr eine Wiederwahl als Senatspräsident zu ermöglichen. Zudem wird die PMDB nun endlich in Bund, Bundesländern und staatlichen Einrichtungen und Unternehmen mit einer Vielzahl von Posten bedacht werden. Geschickt hatte diese Partei ihre Forderungen zurückgestellt und auf einen geeigneten Moment gewartet, um die Ernte ihrer Geduld einzuholen. Der Lohn wird nun viel größer ausfallen, als es im letzten Jahr möglich gewesen wäre. Aufgrund der Neuernennungen müssen auch viele PT-Angehörige weichen; zudem werden neue Stellen geschaffen. Kontinuität der Arbeit und Kompetenz bei der Wahrnehmung von Funktionen haben bei dieser Art der Ämterpatronage eine geringe Bedeutung. Für die Qualität der öffentlichen Verwaltung ist das höchst problematisch.

Neben Sarney hat Senator Magalhães aus Bahia verhindert, dass die Opposition größeren parlamentarischen Gewinn aus der Krise ziehen konnte. Zwar ist Magalhães ein prominenter Vertreter der Oppositionspartei PFL, doch hat er noch stets vor allem seine individuellen Machtinteressen verfolgt, die sich traditionell durch eine Nähe zum politischen Machtzentrum kennzeichnen, ganz gleich, wer dieses Zentrum besetzt. Schon im vergangenen Jahr hatte er Regierungsprojekte unterstützt. Nun trug er mit seinem Einfluss auf etliche Abgeordnete und Senatoren aus dem Nordosten dazu bei, dass der parlamentarische Protest vergleichsweise gering und wirkungslos blieb. Sein politisches Gewicht zeigt sich u.a. daran, dass Minister Robelo von der Kommunistischen Partei eigens zur pompös arrangierten Hochzeit einer Enkelin von Magalhães nach Salvador anreiste. Damit demonstrierte er nicht nur die Dankbarkeit der Regierung gegenüber dem Senator, sondern schadete zugleich auch den Ambitionen des PT-Bewerbers für das Bürgermeisteramt in Salvador. Magalhães wird seine feudalerrengleiche Macht im Bundesstaat Bahia wohl bis auf weiteres konservieren und an seine Familienmitglieder vererben können.

Mangel an Erfolgen und Konzepten

Das Ausmaß und die Auswirkungen der Krise wären wohl deutlich begrenzter gewesen, hätte die Regierung in anderen Bereichen deutlicher Erfolge oder wenigstens schlüssige Konzepte aufweisen können. Doch nach Verabschiedung der Rentenreform und der Steuerreform sind größere Reformprojekte zunächst einmal zurückgestellt. Viele der während des Wahlkampfes gemachten Versprechen wie das „Wachstumsspektakel“ von jährlich 4,5 bis 5%, die Schaffung von 10 Millionen neuer Arbeitsplätze oder die Ansiedlung von 1 Million Familien im Rahmen der Agrarreform sind kaum zu erfüllen. Das Bruttoinlandsprodukt ging letztes Jahr um 0,2% zurück. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich auf einer Rekordhöhe. Nach neueren Umfragen lag in den 39 größeren Städten die Arbeitslosigkeit im April bei 20,6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung. Besonders gravierend ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit im Industriezentrum São Paulo mit über 2 Millionen; zudem sind die Reallöhne zurückgegangen. Das mit viel Werbeaufwand verkündete Programm „Primeiro Emprego“ (erste Arbeitsstelle) hat sich bisher als weitgehend wirkungslos erwiesen. Hinsichtlich der Agrarreform war bis Anfang 2004 lediglich die Situation von 14.000 Familien reguliert worden.

Besonders gravierend ist der Mangel an erkennbaren Maßnahmen, Projekten oder wenigstens Konzepten zur Beseitigung der strukturellen Ungleichheit, die von vielen Seiten stets als der zentrale Missstand des Landes bezeichnet wird. Das mit viel Marketingaufwand im letzten Jahr geborene Projekt „Fome Zero“ (Null Hunger) ist stillschweigend kassiert worden und die verschiedenen Programme, die in der Regel einen medienwirksamen Titel haben, konnten ihre Wirkung noch nicht entfalten. Nach Angaben des nationalen Statistikinstituts IBGE leben 11 Millionen brasilianische

Familien unterhalb der Armutsgrenze; das sind etwa 50 bis 60 Millionen Menschen. Präsident Lula hat *allen* Familien bis Ende 2006 Sozialhilfe über das neue Programm „*Bolsa-Família*“ versprochen. Bis Ende 2003 waren ca. 3,6 Millionen Familien von dem Programm erfasst, das 2004 über einen Etat in Höhe von 5,3 Milliarden Reais (ca. 1,5 Mrd. Euro) verfügt. Ob das Programm mittelfristig mehr bewirkt als die Verteilung letztlich geringer Geldbeträge an Millionen von Bedürftigen, bleibt abzuwarten.

Gewiss kann man der Regierung die Kumulation von Problemen nicht anlasten. Doch allein der Verweis auf das schwierige Erbe zeigt noch keinen Ausweg. Am Beispiel des Bildungswesens wird das sehr deutlich. Trotz der unzweifelhaften Fortschritte bei der Einschulung und dem Verbleib in den Schulen während der Regierung von Präsident Cardoso weist der Bildungsbereich noch zahlreiche Defizite auf. Dem neuen, von vielen Erwartungen bekleideten Minister Cristovam Buarque war es jedoch nicht gelungen, im ersten Jahr der Regierung Lula ein Konzept für eine neue, erfolgreichere Schulpolitik zu entwerfen, geschweige denn umzusetzen. Nach einem Jahr musste er sein Ministerium aufgrund von Konzept- und Erfolglosigkeit aufgeben. Sein Nachfolger Tarso Genro, ehemaliger Bürgermeister von Porto Alegre, war im letzten Jahr Sonderminister des Wirtschafts- und Sozialrates und muss sich jetzt in die Materie der Bildungspolitik einarbeiten; er hat mit einer Restrukturierung des Ministeriums begonnen. Es ist abzusehen, dass bis Jahresende kaum neue Politiken umgesetzt werden. Dann ist aber bereits die Hälfte der Regierungszeit verstrichen, ohne dass Reformen tatsächlich greifen würden. Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen Ministerien des sozialen Bereichs zu beobachten. Für Sanierungsmaßnahmen beispielsweise sind im Haushalt 2004 1,3 Milliarden Reais veranschlagt; doch bis Anfang April sind davon nur 11 Millionen (0,8%) abgeflossen. Hier wie in anderen Fällen sind ungenügende Vorbereitung, mangelnde Koordination und fehlende Umsetzungskapazität die Ursache für die Verzögerungen.

Problematisch ist neben diesen konzeptionellen Problemen, dass in vielen Bereichen langjährige Beamte und Mitarbeiter in Ministerien und öffentlichen Behörden durch Parteiquader ersetzt wurden, die auf ihre Aufgaben nicht vorbereitet sind. Der Qualität der Regierungsarbeit kommt das nicht zugute.

Zusätzliche Probleme bereitet der Regierung das Agieren der sozialen Bewegungen und mancher Gewerkschaften. Die Landlosenbewegung MST hat den Monat April zum „Roten April“ erklärt und insgesamt 103 Landbesetzungen vorgenommen, wobei entgegen wiederholter Verlautbarungen auch bewirtschaftete Ländereien besetzt wurden. Das heizt den Konflikt im Landesinnern an und die Regierung ist verzweifelt bemüht, die MST einerseits an die Einhaltung von Recht und Gesetz zu erinnern, und andererseits durch ad hoc Entscheidungen zusätzliche Mittel für Agrarreformprojekte auszugeben. So wurden im April 1,7 Milliarden Reais (ca. 500 Mio. Euro) für Agrarreformmaßnahmen zur Verfügung gestellt und 45 Millionen Hektar Land enteignet. Ob das mittelfristig sowohl die MST befriedigt als auch eine schlüssige Antwort auf die Komplexität der Agrarfrage ist, bleibt abzuwarten.

Daneben wird die breite Öffentlichkeit immer wieder durch Gewaltakte erschreckt, sei es seitens der Drogenkriminalität in Rio de Janeiro oder durch Auseinandersetzungen im Amazonasgebiet, wo im April 29 illegale Diamantensucher von Indios getötet wurden. Auch zur Eindämmung der Gewalt werden von der Regierung schlüssige Konzepte erwartet. Doch außer vollmundigen Ankündigungen sind weder Maßnahmen in Sicht, noch hat man zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit wichtigen Landesregierungen gefunden, die die Zuständigkeit für die Polizei haben.

Allein im Bereich der makroökonomischen Stabilisierung zeigen sich Erfolge der Wirtschafts- und vor allem der Finanzpolitik – allerdings mit Instrumenten, die keineswegs die traditionellen Vorstellungen der PT repräsentieren. Zudem zeichnen sich Fortschritte bei der Vorbereitung der wichtigen Justizreform ab, deren Bedeutung weit über den engeren Justizbereich hinausreicht. Auch die Arbeitsrechtsreform scheint für das nächste Jahr vorbereitet zu werden.

Ein anderes wichtiges Projekt wurde dagegen praktisch wieder einmal aufs Eis gelegt: die politische Reform, die durch Änderungen des Wahl- und Parteienrechts u.a. die Parteienvielzahl im Parlament begrenzen und zur Konsolidierung der Parteien beitragen könnte. Diese Reform, die von der PT in früheren Jahren befürwortet worden war, scheitert auch jetzt wieder an der Abhängigkeit der Regierung von den Kleinparteien, die natürlich alles unternehmen, um ihr eigenes politisches Überleben zu sichern.

Die Rolle der Opposition

Die Krise der Regierung hat die Opposition zwar belebt, doch es fehlt ihr vorerst noch ein Führer, der ihr Stimme und Gewicht verleihen würde. So hat Altpräsident Cardoso in den letzten Wochen faktisch die Rolle des Oppositionssprechers übernommen. In dem Maße, in dem Präsident Lula und andere Repräsentanten seiner Regierung verstärkt eine schwere Erblast für die aktuellen Schwierigkeiten verantwortlich machen, fühlte sich Cardoso aufgerufen, sein politisches Erbe zu verteidigen. Sein durchaus mit Ironie vorgetragener zentraler Vorwurf gegen die Lula-Regierung ist, dass diese trotz der Kritik an der Vergangenheit im Grunde nichts verändert, weil sie nicht weiß, was sie will und nur dort erfolgreich ist, wo sie seine, Cardosos, Politik kopiert. Natürlich gibt er zu verstehen, dass diese Kopie allemal schlechter sei als sein Original.

Ob die Opposition aus den aktuellen Schwierigkeiten der Regierung politischen Gewinn ziehen kann, wird sich spätestens bei den Kommunalwahlen im Oktober zeigen. Es zeichnet sich ab, dass PFL und PSDB vielerorts gemeinsam in die Wahlen gehen werden. Entscheidend wird dann sein, wie sie in den großen Städten des Landes abschneiden. Noch fehlen aber mancherorts geeignete Kandidaten. In São Paulo beispielsweise hat die Opposition noch keine personelle Alternative zur populären, aber keineswegs unumstrittenen PT-Bürgermeisterin Marta Suplicy präsentiert. Zwar wird der PSDB-Vorsitzende und Präsidentschaftskandidat von 2002 Jose Serra von seiner eigenen und anderen Parteien zu einer Kandidatur gedrängt, doch Serra fürchtet sowohl Sieg als Niederlage in den Kommunalwahlen, weil er im einen wie im anderen Fall dann seine weitergehenden politischen Pläne zurückstellen müsste. Doch ohne geeignete Kandidaten hat die Opposition noch weniger Chancen auf ein befriedigendes Ergebnis bei den Kommunalwahlen.

Ruhelos reisend wirbt Präsident Lula um Zustimmung

Unter dem Eindruck der Lähmung der Regierung leidet auch die Popularität von Präsident Lula. Die Zustimmungswerte zu seiner Person sind zwar nach wie vor hoch, doch zeigen sich erste Verschleißerscheinungen. In einer Umfrage von *Vox Populi* Mitte April 2004 beurteilten 38% der Befragten die Regierung Lula als besser als die Regierung von Präsident Cardoso (32% als gleich gut und 26% hielten Cardoso für besser). Der Präsident gibt gelegentlich zu erkennen, wie schwierig die Regierungsarbeit und –koordination ist. „Ich regiere nicht. Ich hüte das Land“, hat er kürzlich in Manaus geäußert (O Globo 23.04.2004). Mit solchen Äußerungen und dem wiederholten Hinweis auf seine persönliche Biographie, den Aufstieg vom Arbeiter zum Präsidenten, kann er zwar die Herzen

erwärmen; doch wenn die Menschen mittelfristig nicht auch eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erfahren, wird sich die Geduld mit solchen Reden erschöpfen. Der Präsident weiß allerdings, dass er in den nächsten Monaten deutlichere Erfolge aufweisen muss, um die Chancen seiner Arbeiterpartei und der anderer Koalitionsparteien bei den Kommunalwahlen im Oktober 2004 nicht zu gefährden. Deshalb hat er begonnen, mit größerem Nachdruck von seinen Ministern „realizações“, wirksame Maßnahmen, zu verlangen.

Allzu gerne hätte Präsident Lula zum 1. Mai eine deutliche Anhebung des Mindestlohnes verkündet. Doch die geringeren Steuereinnahmen und die Haushaltsdisziplin verhindern größere Wohltaten. Der Regierung wird es wohl kaum möglich sein, ihr Versprechen einzuhalten, innerhalb von vier Jahren den Mindestlohn zu verdoppeln, was ihr sowohl seitens der Opposition als auch der Gewerkschaften Kritik einbringt.

So ist allein dort, wo man es am wenigsten erwartete, die Zustimmung und der Optimismus im Hinblick auf die brasilianische Regierung ungebrochen. Weltbank und Internationaler Währungsfond werden nicht müde, die brasilianische Regierung und Präsident Lula wegen vermeintlich mutiger Politiken zu loben. In diesen Institutionen weiß man allerdings auch, dass ein Rückschlag in Brasilien erhebliche Auswirkungen auf die ohnehin krisengeschüttelte Region Südamerika hätte.

Umfrage des Instituts IBOPE von März 2004

Beurteilung der Regierung

	3/2003	6/2003	9/2003	12/2003	20-24.03.04	27-31.03.04
Gut/Exzellent	51%	43%	43%	41%	34%	28%
Normal	36%	38%	40%	43%	41%	47%
Schlecht/sehr schlecht	7%	11%	14%	14%	23%	23%
weiß nicht	6%	8%	4%	2%	2%	2%
Diff. "Gut" - "Schlecht"	+44	+32	+29	+27	+11	+05

Lula als Präsident

	3/2003	6/2003	9/2003	12/2003	20-24.03.2004	27-31
Zustimmung	75%	70%	69%	66%	54%	51%
Ablehnung	13%	18%	24%	25%	39%	42%
Ohne Antwort	12%	11%	8%	9%	7%	7%
Diff. Zustimmung - Ablehnung	+62	+52	+45	+41	+15	+09